

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

05. Oktober – 11. Oktober 2024

Emmanuel Macron befürwortet ein Ende der Waffenlieferungen an Israel und betont zugleich, dass Frankreich der „unerschütterliche Freund“ Israels sei. Der französische Präsident ist der Auffassung, dass die Waffen „nicht die von den Israelis erwartete Sicherheit liefern können“ und sprach sich für ein Ende der Kampfhandlungen in Gaza aus. Der Repräsentative Rat der jüdischen Institutionen Frankreichs (Crif) bedauerte die Erklärung Macrons. Dessen Aufruf, Israel die Waffen zu entziehen, spiele Hamas und Hisbollah in die Hände und bringe keinen Frieden. Die Regierungschefs Frankreichs und Israels haben sich nach einem verbalen Schlagabtausch über die Medien im Anschluss telefonisch unterhalten. Laut Élysée wurden dabei unterschiedlichen Ansichten ausgetauscht und der Wunsch, vom jeweils anderen gut verstanden zu werden, ausgedrückt.

Die Internationale Organisation der Frankophonie (OIF) hat zum ersten Mal seit 33 Jahren seinen Gipfel in Frankreich abgehalten. Bei seiner Eröffnungsrede am vergangenen Wochenende betonte der französische Staatspräsident Emmanuel Macron, dass die Organisation ein Ort sei an dem Diplomatie getragen wird und durch den die Souveränität und territoriale Integrität überall auf der Welt verteidigt wird. Die Staats- und Regierungschefs der frankophonen Länder bestätigten fünf neue Beitrittsanträge. Angola, Chile, Nova Scotia (Kanada), Französisch-Polynesien (Frankreich) und das Saarland (Deutschland) sind nun beobachtende Mitglieder der Frankophonie, während Zypern und Ghana ihren Status zu Vollmitgliedern geändert haben. Des Weiteren hat Frankreich die Beziehungen mit Vietnam auf eine strategische Partnerschaft gehoben. Der vietnamesische Präsident Tô Lâm und Emmanuel Macron unterzeichneten ein entsprechendes Abkommen, dass die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder festigen soll. Frankreich ist damit das erste EU-Land, das eine solche Partnerschaft mit Vietnam eingeht.

Das Amtsenthebungsverfahren gegen Emmanuel Macron wird nicht in der Nationalversammlung diskutiert. Die Konferenz der Präsidenten der Nationalversammlung lehnte in ihrer Sitzung am 8. Oktober den Entschließungsantrag zur Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen den Präsidenten der Republik ab. Damit ist das Amtsenthebungsverfahren, das Anfang September von der linkspopulistischen Abgeordneten Mathilde Panot und 80 weiteren Abgeordneten in Gang gesetzt wurde, nachdem er bereits vom Rechtsausschuss am 2. Oktober abgelehnt wurde, endgültig eingestellt.

Die neue Regierung von Michel Barnier übersteht ein erstes Misstrauensvotum. Der Misstrauensantrag wurde von der linkspopulistischen Partei *La France Insoumise* eingereicht. Gemeinsam mit ihrer Fraktion *Nouveau Front Populaire* (gesamt 192 Sitze) und 5 weiteren Abgeordneten fehlte es aber an den notwendigen 289 Stimmen, damit der Misstrauensantrag hätte angenommen werden können. Vom rechtspopulistischen Lager *Rassemblement National* wurde das Misstrauensvotum nicht unterstützt. Vielmehr machte der Abgeordnete Guillaume Bigot in seiner Rede deutlich, dass man die Regierung im Moment nicht zensiere, da es „[...] in diesem Stadium sinnlos ist“, und da man momentan noch einen sehr großen Einfluss auf die Entscheidungen der Regierung Barnier habe. Als Argument dafür nahm der Abgeordnete, dass ein Tweet von Marine Le Pen am 4. Oktober ausgereicht hätte, um die Position Barniers zur Aufhebung der Indexierung der Löhne zu ändern.

La Droite Républicaine nicht mehr Oppositionspartei. Die Abgeordnetengruppe der *Républicains* in der Nationalversammlung mit Laurent Wauquiez an ihrer Spitze hat ihre Erklärung zur Zugehörigkeit zur Opposition zurückgezogen. Davon war auszugehen, nachdem sowohl Premierminister Barnier als auch einige Minister der neuen Regierung von der Partei selbst stammen. Einer Oppositionsfraktion stehen besondere Rechte z.B. in Bezug auf die Redezeit, die in der Geschäftsordnung der Versammlung festgelegt ist, zu.

Spannungen zwischen *Ensemble* und *La Droite Républicaine* nach der Regierungsbildung. Die Vereinbarung zwischen den beiden Fraktionsvorsitzenden Gabriel Attal (*Ensemble*) und Laurent Wauquiez (*La Droite Républicaine*), Schlüsselpositionen in der Nationalversammlung unter sich aufzuteilen, wurde am Mittwoch, den 9. Oktober, gebrochen. So hat der offene Schlagabtausch dazu geführt, dass Aurélie Trouvé von der linkspopulistischen Partei *La France Insoumise* den Vorsitz im wichtigen Wirtschaftsausschuss bekommen hat. Dies ist umso interessanter als das die Abstimmung über das Haushaltsgesetz unmittelbar bevorsteht. Fakt ist, dass die Macron-Fraktion *Ensemble* nun fünf Ausschussvorsitze innehat und die *Les Républicains* keinen einzigen. Daneben werden der Auswärtige Ausschuss von Bruno Fuchs (*Les Démocrates*) und der Ausschuss für Soziales von Frédéric Valletoux (*Horizons*) von Mitgliedern anderer Parteien präsiert.

Der neue Innenminister Bruno Retailleau, hat zwei neuen Anweisungen an die Präfekten gegeben, mit denen er die Einwanderung verringern möchte. In einer ersten Anweisung werden die Präfekten dazu aufgerufen, dem Minister mit Tabellen Rechenschaft über den Anstieg der Abschiebungen und den Rückgang der Regularisierungen abzulegen. Bei den Abschiebungen sollen, die mit dem Einwanderungsgesetz von Januar 2024 eingeführten Bestimmungen genutzt werden, die eine Reihe von Schutzmaßnahmen aufheben. Retailleau möchte so eine Regelung aus dem Jahr 2012 zurücknehmen, die es jedes Jahr etwa 30.000 Personen ermöglichte, eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten, wenn sie in Frankreich ein Privat- und Familienleben führen. Die Bestimmung gilt z.B. für Eltern von Kindern, die seit drei Jahren eingeschult sind oder Personen, die einer bezahlten Arbeit nachgehen.

Der ehemalige Parteivorsitzende von *Les Républicains* Éric Ciotti befürwortet die von Marion Maréchal angestrebte „Koalition der Rechten“ (*Union des Droites*). Die Europaabgeordnete Marion Maréchal, die nicht mehr Mitglied der Partei Reconquête ist; gründete diese Woche die Partei *Identité-Libertés*. In einem Interview vom 7. Oktober in Le Figaro hatte sie für eine „strukturierte Koalition an der Seite von Marine Le Pen, Jordan Bardella und Eric Ciotti“ plädiert. Ciotti ist einer solchen Zusammenarbeit nicht abgeneigt, betonte jedoch, dass er sich bereits im Rahmen der Neuwahlen für einen Zusammenschluss der französischen Rechten ausgesprochen habe und somit Initiator der Initiative sei.

Jean-Marie Le Pen wird aufgefordert dem Europäischen Parlament 300 000€ zurückzahlen. Die Institution beschuldigt den ehemaligen Vorsitzenden des Front National, als Europaabgeordneter unrechtmäßig Mandatskosten in Rechnung gestellt zu haben. Der Beschuldigte selbst fechtet diese Entscheidung vor dem Gericht der Europäischen Union an. Die getätigten Ausgaben hätten den Regeln des Europäischen Parlaments entsprochen. Das Gericht wird nun darüber entschieden.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Der ehemalige Premierminister Gabriel Attal erhält hohen Zuspruch bei der Parteibasis. 62 von 94 Vorsitzende der Renaissance-Departementsversammlungen fordern in einem exklusiven Beitrag für die Zeitung „L'Opinion“ eine Kandidatur von Gabriel Attal für den Parteivorsitz der Macron-Partei. Gegenkandidatin ist die ebenfalls ehemalige Premierministerin Élisabeth Borne, die seit Ende August für den Vorsitz der Präsidentenpartei kandidiert. Die Partei möchte mit einem Kongress bis Ende November die Frage nach dem Vorsitz beantworten.

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	0
1	6	2	1

DIE ZAHL DER WOCHE

65 Millimeter Niederschlag

Damit hat Paris am Mittwoch, den 9. Oktober die größte Regensumme für einen Herbsttag seit 1920 verzeichnet. Der Starkregen verursachte einen Rohrbruch im Kanalisationssystem der französischen Nationalversammlung; zahlreiche Räumlichkeiten des Parlaments mussten geräumt werden.